

Muslime gegen Kopftuchverbot

Nach dem Ja des Grossen Rats warnt der Muslimverband: Das Verbot könne Radikalisierung fördern.

David Walgis

Er hat sein Anliegen verschleierte. Auch wenn Adrian Schoop seinen Vorstoss betont allgemein formuliert hat, so ist dennoch klar, woran der FDP-Grossrat denkt, wenn er Schülerinnen unter 16 Jahren das Tragen «religiös geprägter Kleidungsstücke» an Aargauer Schulen verbieten will: das muslimische Kopftuch.

Am Dienstag hat das Kantonsparlament seine Motion deutlich überwiesen. Nun muss der Regierungsrat ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten – zum grossen Ärger von Abdul Malik Allawala. Der 74-jährige ehemalige Ingenieur ist Mediensprecher beim Verband Aargauer Muslime. Zeit für einige Nachfragen.

Was halten Sie vom Kopftuchverbot an Aargauer Schulen, das der Grosse Rat gestern ausgesprochen hat?

Abdul Malik Allawala: Wir als Verband Aargauer Muslime lehnen den Entscheid entschieden ab, weil das Verbot ausschliesslich muslimische Mädchen und den Islam betrifft. Das Verbot ist kein Kinderschutz, sondern eine gezielte Ungleichbehandlung. Will man Mädchen wirklich stärken, muss man mit Kindern und Eltern gemeinsam diskutieren und versuchen, eine Lösung zu finden, anstatt Kopftücher zu verbieten.

Offizielle Zahlen zu Kopftüchern an Aargauer Schulen fehlen. Wie gross schützen Sie den Anteil der muslimischen Mädchen mit Kopftuch?

Es ist eine Minderheit aller muslimischen Mädchen, die Kopftuch



«Kein Kinderschutz, sondern eine gezielte Ungleichbehandlung»: Abdul Malik Allawala vom Verband Aargauer Muslime kritisiert das Kopftuchverbot.

Bild: Chris Iseli

tragen. Es gibt teils innerhalb der Familie Frauen mit und ohne Kopftuch. Vor allem aber werden die wenigsten Mädchen zum Tragen des Kopftuchs gezwungen. Der Grund liegt in der Imitation. Der Nachahmungseffekt ist in der kindlichen Entwicklung ein starker Mechanismus: Buben wollen Messi und Xhaka werden, die Mädchen Sängerin oder Model. Wenn in einer religiösen Familie eine Frau ein Kopftuch trägt, dann ist es für das Mädchen völlig natürlich, ebenfalls Kopftuch zu tragen. Ein Verbot bringt ein Kind in einen Loyalitätskonflikt zwischen Eltern und Staat.

Wie zeigt sich das?

Mit grossem Stress. Mit einer ständigen Konfliktsituation für

das Kind: Die Eltern leben das eine vor, der Staat sagt etwas anderes. Ein zehnjähriges Mädchen kann damit nicht umgehen. Im schlimmsten Fall kann sie eine Identitätsspaltung entwickeln. Wollen wir das? Wir sollten die Kinder aus diesen politischen Konflikten heraushalten. Ich vermisse von der Politik das Vertrauen in das Schulsystem und in die Lehrerschaft.

Wie meinen Sie das?

Ich bin fest überzeugt: Eine gute Lehrperson bemerkt, wenn die Eltern ein Kind zu irgendwas zwingen. Dann führt er ein Gespräch mit den Eltern. Es gibt genügend gesetzliche Grundlagen, damit der Staat eingreifen

kann, wenn Eltern ein Kind zu etwas zwingen. Ausserdem soll die Schule Kindern die Fähigkeiten zum kritischen Denken fördern. Damit steigt auch sein Selbstvertrauen, sich zu wehren, sollte es tatsächlich zu etwas gezwungen worden sein.

Sind Ihnen Fälle an Aargauer Schulen bekannt, an denen es zu Problemen wegen des Kopftuchs gekommen ist?

Nein. Ich befürchte aber, das Verbot bewirkt das Gegenteil dessen, was es erreichen soll. Wird einem Mädchen das Tragen des Kopftuchs verboten, können Kind und Eltern negative Gefühle gegenüber Schule oder Staat entwickeln. Das ist das Schlechteste, was passieren kann.

Warum?

Das Verbot öffnet Türen für irgendwelche Scharlatane, die Kinder und Jugendliche gegen den Staat und unsere Gesellschaft aufbringen und sie radikalisierten wollen.

In anderen Worten: Das Kopftuchverbot könnte aus Ihrer Sicht die Radikalisierung befördern?

Genau. Pflanzte man im Vorpubertätsalter Unsicherheiten in ein Kind, fällt die Familie als Stütze weg. Ein solches Kind ist anfälliger für Propaganda.

Verstehen Sie die Vorbehalte der Befürworter des Gesetzes, die beim Kopftuch an Zwang und Radikalisierung denken?

Radikalisierung passiert nicht in der Familie, sondern ausserhalb. Untersuchungen zeigen: Die meisten, die sich radikalisierten, haben Probleme in der Familie oder im Umfeld. Das führt dazu, dass sie einen sicheren Hafen suchen. Und den finden sie bei radikalen Leuten, die ihre Situation ausnutzen. Aber die Behauptung, dass das Kopftuch ein Symbol von Unterdrückung und Radikalisierung ist, lehnen wir strikt ab. Es gibt keine Beweise dafür, dass das so ist. Wir wollen faktenbezogene Politik.

Im Aargau leben 88'000 Muslime. Es gibt sicher einige Fälle, in denen doch Zwang dahintersteckt. Wie sehen Sie das?

Natürlich, das könnte sein. Wir haben aber schlicht keine Zahlen dazu. Nochmals: Ich bin überzeugt, dass in solchen Fällen dies die Lehrpersonen feststellen und reagieren.

Offiziell geht es in der Motion nur um «religiös geprägte Kleidungsstücke von Schülerinnen». Die ganze Diskussion drehte sich aber immer um das Kinderkopftuch. Richtet sich der Vorstoss gegen den Islam?

Ich bin überzeugt: Er zielt nicht nur auf den Islam, sondern richtet sich gegen alle Muslime – egal, ob sie praktizierend sind oder nicht. Es ist Diskriminierung. Jetzt ist das Kopftuch zu einem roten Tuch geworden. Wir sind gegen jedes Sonderverbot und wir verlangen auch keine Sonderregelung für Muslime.

«Wir sind nicht das Kalifat»